

23. November 2023

Gegen Sprachzensur an hessischen Hochschulen

Stellungnahme der Landeskonferenz der hessischen Hochschulfrauen- und Gleichstellungsbeauftragten (LaKoF) zum Eckpunktepapier der Hessenkoalition von CDU und SPD

Die LaKoF Hessen lehnt die geplante Sprachzensur an hessischen Hochschulen entschieden ab. Ein derartiges Verbot geschlechtergerechter Sprache widerspricht den Vorgaben des Hessischen Hochschulgesetzes zu Gleichstellung und Antidiskriminierung, es greift in die Freiheit von Wissenschaft und Kunst ein und läuft einer gesellschaftlichen Entwicklung hin zu einem wertschätzenden Umgang mit Vielfalt diametral entgegen. Wir fordern die Koalition auf, die Gleichstellungsarbeit an Hochschulen durch konstruktive Maßnahmen voranzubringen anstatt sie durch Verbote und Sprachzensur zu konterkarieren.

Die Gesetze des Bundes (Grundgesetz, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, Personenstandsgesetz) und des Landes (Hessisches Gleichberechtigungsgesetz und Hochschulgesetz) geben vor, diskriminierungsfreie Arbeits- und Studienbedingungen zu schaffen und Geschlechtergerechtigkeit auch in der Sprache zu beachten. Das Personenstandsgesetz erkennt seit 2019 mehrere Geschlechtsidentitäten an, die in der Gleichstellungsarbeit – und entsprechend auch in der Sprache – zu berücksichtigen sind.

Hochschulen sind Orte des Lernens, Lehrens, Forschens und Arbeitens und Orte der Reflektion gesellschaftlicher Entwicklungen. Die Auseinandersetzung mit Sprache im Kontext von Ungleichverhältnissen und die Suche nach diskriminierungssensiblen Ausdrucksformen sind fester Bestandteil des aktiven Diskurses an Hochschulen und unverzichtbares Element der Gleichstellungsziele. Diese Auseinandersetzung ist nicht durch Verbote zu regeln.

Hochschulen leisten erfolgreiche Arbeit in den Bereichen Geschlechtergleichstellung, Diversität und Antidiskriminierung. Die Hochschulen erwarten von der Landesregierung eine seriöse, sie in ihrem Auftrag bestärkende Politik, die nicht auf populistische Maßnahmen setzt und folglich auch auf die geplante Sprachzensur verzichtet.



Dr. Sylke Ernst
Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte
Universität Kassel



Dr. Margit Göttert
Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte
Frankfurt University of Applied Sciences